

„EINE EXPLOSIVE MI

Was steckt hinter dem humanitären Desaster von Moria? Und wie sollen sich Österreichs Regierung und die EU verhalten? Ein Gespräch mit dem Migrationsexperten Gerald Knaus über die Abschreckung an der Grenze und die Zeit danach

INTERVIEW: FLORIAN KLENK

In Moria brennen die Flüchtlingszelte, die Europäische Union ist ratlos und die österreichische Bundesregierung streitet über die Aufnahme von ein paar hundert Flüchtlingen. Was steckt hinter dem Kampf um die Asylwerber in Griechenland? Wieso konnte die Lage in einem EU-Land so eskalieren. Gerald Knaus, 50, ist Direktor des Thinktanks European Stability Initiative. Die vor allem von Schweden und der Mercator-Stiftung unterstützte Denkfabrik berät Regierungen in aller Welt. Knaus selbst bereiste Griechenland und legt in wenigen Wochen sein Buch „Welche Grenzen brauchen wir?“ im Piper-Verlag vor. Seine Analysen über den Zustand von Demokratie und Menschenrechten machen ihn mittlerweile auch zum Ziel giftiger Kampagnen. Seit zwei Wochen hetzt etwa Ungarns Viktor Orbán gegen den in Harvard ausgebildeten österreichischen Politologen.



Gerald Knaus, 50, ist Direktor des Thinktanks ESI. Er studierte in Oxford und Harvard und berät Regierungen in aller Welt. Seine – leicht lesbaren und profunden – Berichte lösen internationale Debatten aus. Er gilt als einer der Vordenker des Türkei-Griechenland-Planes. Wichtige Staatschefs hören auf seinen Rat

Falter: Herr Knaus, was haben Sie sich gedacht, als Sie die Worte von Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) hörten, wonach das „Geschrei nach Verteilung“ von Asylwerbern des abgebrannten Lagers im griechischen Moria keinen Sinn habe?

Gerald Knaus: Ich fragte mich, was daraus konkret folgt. Derzeit leben 27.000 Asylwerber auf den griechischen Inseln, die meisten seit dem Herbst 2019 unter unmenschlichen Bedingungen, zwei Drittel davon sind Kinder und Frauen, mehr als 6000 sind Kinder unter zwölf Jahren. Was bedeutet es praktisch, wenn Regierungen sagen, es wäre gefährlich, ja populistisch, 100 Kinder von der Insel nach Österreich zu bringen?

Haben Sie eine Antwort?

Knaus: Die Menschen werden sich nicht in Luft auflösen. Seit Anfang März gibt es kei-

ne Rückführungen in die Türkei, die EU-Türkei-Einigung löste sich in vier Jahren auf, und die EU macht der Türkei derzeit auch kein Angebot. Aufgrund der Epidemie und der chaotischen Bedingungen kann man auf Lesbos keine geordneten, fairen Asylverfahren durchführen. Überdies gibt es aufgrund von Corona weltweit kaum Abschiebungen. Diese Menschen werden also in der EU bleiben. Die Frage ist, ob unter menschenwürdigen oder menschenunwürdigen Bedingungen.

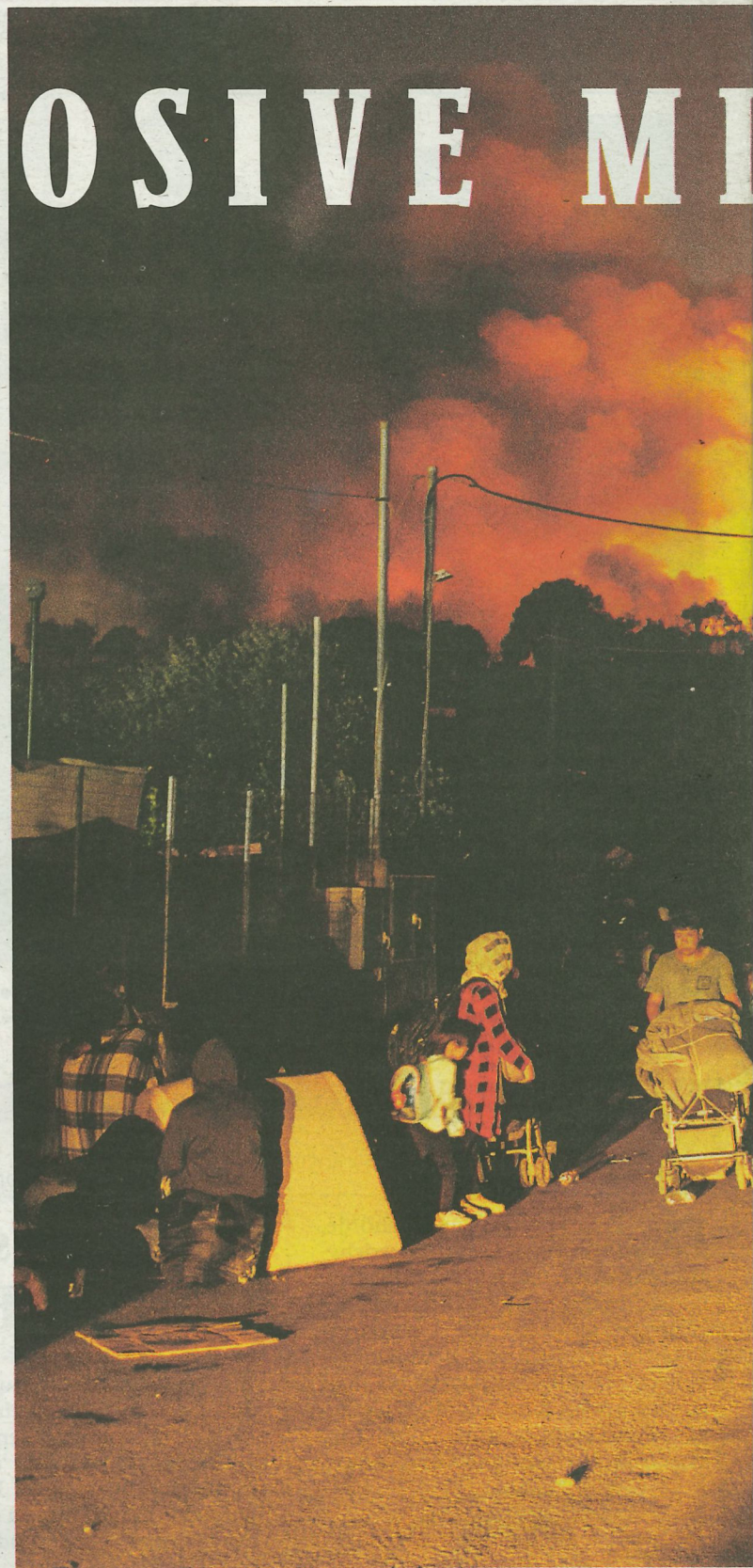
Wie geht es also weiter?

Knaus: Regierungen in der EU, in Athen, aber auch in Berlin und Wien, müssen sich entscheiden: Wollen wir, dass Menschen leiden, als Geiseln einer Abschreckungspolitik dienen, ohne zeitliches Ende? In-sellager als ein europäisches Guantánamo für Asylwerber, mit der Botschaft: Bleibt in der Türkei, denn in der EU werdet ihr

schlechter behandelt? Damit werden die Menschenrechtskonvention und die Europäische Grundrechtecharta ausgesetzt, die Unantastbarkeit der Menschenwürde, das Gesetzeswerk der EU für die Aufnahme von Asylsuchenden gilt dann nicht mehr. Es herrscht Rechtlosigkeit an den Grenzen der EU.

Tatsächlich stellt sich die Frage, warum Griechenland, das fast drei Milliarden an Hilfsgeldern bekommen hat, es bis jetzt nicht zuwege bringt, ein ordentliches Asylverfahren abzuwickeln und die Flüchtlinge in einer angemessenen Zeit zu versorgen. Was ist Ihre Erklärung dafür?

Knaus: Es fehlt nicht an Geld. Es ist eine Frage der Strategie. Griechenland wurden von der EU seit 2014 2,9 Milliarden Euro zugesagt. Doch 2017 und 2018 kamen jeweils nur 30.000 Menschen über die Ägäis, im April 2017 waren nur 6000 Menschen



SCHUNG“



auf allen Inseln. Doch von Anfang an waren die Bedingungen schlecht. Ich besuchte im Winter vor eineinhalb Jahren sowohl Moria als auch ein Lager auf dem griechischen Festland. Das Lager am Festland verwaltete das Danish Refugee Council (DRC) im Auftrag der Griechen. Es sah so aus, wie man das nach europäischem Recht erwarten würde. In Moria, aber auch auf Samos oder Chios, sah es nie so aus. Allerdings gibt es heute auch auf dem Festland wieder Not bei Asylsuchenden. Die griechische Presse berichtete vor kurzem über einen Somalier, der als Flüchtling in Athen anerkannt wurde und aus Verzweiflung über fehlende Hilfe nach Moria zurückkehrte. Es muss darum gehen, überall humane Bedingungen zu schaffen. Nur passiert es nicht.

Warum?

Knaus: Nach der Einigung mit der Türkei im März 2016 kamen zunächst nur weni-

**Moria ist abgebrannt:
„Rechtlosigkeit
an den Grenzen
der EU“**

ge Menschen – etwa 30.000 im Jahr – über die Ägäis. Die Lage der Syrer in der Türkei verbesserte sich mit Geld der EU für Bildung, Schulen und Sozialhilfe. Damit kam Griechenland zurecht. Und zwischen März 2016 und September 2017 wurden in einem geregelten Verfahren etwa 20.000 Flüchtlinge vom griechischen Festland in die EU verteilt. Doch seit dem September 2017 gibt es keine Umverteilung mehr vom griechischen Festland. Die in Wien gefeierte „Schließung der Balkanroute“ Anfang 2016 war tatsächlich eine „Einzäunung Griechenlands“, ein antieuropäischer Versuch, Menschen daran zu hindern, ein Mitgliedsland der EU zu verlassen. Anfang 2020 brach dann auch das EU-Türkei-Abkommen nach vier Jahren zusammen. Die Türkei, mit mehr als 3,5 Millionen Flüchtlingen, hatte kein Interesse mehr daran, da die EU keine weitere Unterstützung für die nächsten Jahre zusagte. Nun werden seit März 2020 Men-

schen an der Landgrenze und auf dem Meer mit Gewalt zurückgestoßen, vor den Augen von Frontex-Beamten.

Dennoch: humane Aufnahmezentren und schnelle und faire Asylverfahren müssten machbar sein. Geld ist da. Internationale NGOs sind vor Ort. Griechenland hat europäische Strukturen, es ist kein „failed state“. Wir sprechen von 13.000 Leuten, die zu versorgen sind, und nicht von Millionen.

Knaus: Natürlich ist das machbar. 1979 gab es ähnlich schlimme Insellager in Südostasien. Damals gab es in Genf eine UN-Konferenz, bei der es um die freiwillige Aufnahme von Bootsflüchtlingen ging, darunter ebenfalls sehr viele Kinder. Staaten waren dazu bereit: die USA, Australien, Kanada. Es war eine Koalition von Helfern, an der Spitze in Deutschland der Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht. Ich beschreibe in meinem neuen Buch, was dann passierte: Er schickte seinen Innenminister nach Malaysia, um 1000 Menschen zu holen. Albrecht war Christdemokrat und der Vater von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Aber es gab damals parallel auch Gespräche des UNHCR mit Vietnam, später auch Rückführungen abgelehnter Asylwerber nach Vietnam. Dafür wurden Schutzbedürftige direkt aus Vietnam nach Europa und in die USA gebracht. Die EU-Türkei-Erklärung basiert auf ähnlichen Prinzipien. Man muss immer einen Weg suchen, Menschen im Leid zu helfen und doch die Kontrolle zu bewahren. Bundeskanzler Kurz hat recht, wenn er sagt, dass es nicht genügt, 100 oder 1000 Kinder zu holen. Man muss es heute tun, aber man muss mehr tun. Dazu gehört auch eine Erneuerung der Einigung mit der Türkei. Genau das forderte auch der griechische Premier Mitsotakis diese Woche wieder.

Die EU muss also mit Erdoğan verhandeln?

Knaus: Es muss schnell gehen. Die Lage auf den Inseln ist nicht stabil. Schon Anfang des Jahres ist Gewalt von radikalen rechten Gruppen in Lesbos gegen Hilfsorganisationen und Asylsuchende aufgeflammt. Dazu kommt: Die Inselbewohner haben berechtigte Sorge, dass die gesamte europäische Asylpolitik auf ihrem Rücken ausgetragen werden soll. Ich erinnere an eine Aussage des österreichischen Bundeskanzlers, wonach sich Österreich in der Asylpolitik an Australien orientieren möge, das Menschen auf kleine Inseln bringt, wo sie jahrelang unter schlechten Bedingungen festgehalten werden. An welche Inseln dachte er dabei? Die Menschen auf Lesbos und Chios haben nun in den letzten Jahren zu ahnen begonnen, dass sie vielleicht diese Inseln sein könnten. Dazu kommt, dass die Vorgängerregierung von Alexis Tsipras Druck gespürt hat, Leute nicht in die Türkei zurückzuschicken. Selbst jene Syrer nicht, die schon Jahre in der Türkei gelebt haben und dort sicher wären. Und das, obwohl in der Türkei 680.000 syrische Kinder in die Schule gehen. Da war es einfacher, durch schlechte Bedingungen auf den Inseln abzuschrecken als durch faire Verfahren und Rückführungen Nichtschutzbedürftiger und Aufnahme von Flüchtlingen direkt aus der Türkei irreguläre Migration zu reduzieren.

Syriza, Tsipras Partei, hat also bewusst die Versorgung der Flüchtlinge schleifen lassen und zugleich nicht abgeschoben?

Knaus: Man hat sich um die Probleme der Inseln kaum gekümmert. Es war politisch

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

einfacher. So verschlimmerte sich die Lage Monat für Monat. 2018 war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Menschen auf den Inseln vier Monate, danach wurden fast alle trotzdem aufs Festland gebracht. Die Menschen, die heute auf den Inseln sind, sind hingegen fast alle schon ein Jahr dort, seit März mit Ausgangssperre. So werden Menschen gebrochen. Das war keine Folge der EU-Türkei-Erklärung, wie manche von diesem Leid zu Recht schockierte NGOs erklärten. Seit 2020 gibt es dieses nicht mehr. Es ist eine Strategie der Abschreckung und die Alternative zu humaner Kontrolle durch faire Verfahren. Manche sagen: Man kann nicht erwarten, dass Griechenland solche Verfahren durchführt. Aber es sind ja nicht nur die Griechen dort, und andere Asylbehörden in der EU könnten mehr tun, dazu die Europäische Asylunterstützungsmission (EASO) und der UNHCR, der in Griechenland eine sehr große Mission hat. Und es ging nie um viele Antragsteller, bis Mitte 2019 im Durchschnitt etwa 2500 im Monat.

Stattdessen hat man sich zurückgelehnt und sich darüber gefreut, dass mit März 2016 und der Türkei-Erklärung auf einmal nur noch sehr wenige Menschen kamen.

Knaus: Ja. Und das Ergebnis war eine explosive Mischung, die sich in dem Moment entzündete, als die Türkei klargemacht hat, dass sie niemanden mehr zurücknehmen wird. Und jetzt hat auch noch die Corona-Epidemie dazu geführt, dass Menschen seit sechs Monaten eingesperrt sind. Die Wurzeln dieses Versagens aber liegen davor: in den Jahren, in denen es immer möglich gewesen wäre, das Recht auf Asyl, menschliche Aufnahme, Verfahren und dann natürlich auch die Überstellung auf das Festland von all jenen, die man nicht zurückschicken kann, zu bewerkstelligen.

Jetzt hat sich das mit der neuen konservativen Regierung Griechenlands nicht geändert. Warum betreibt Griechenland diese Art von Flüchtlingspolitik?

Knaus: Es ist zu einfach, mit dem Finger auf ein Land zu zeigen. Anfangs wollte die neue konservative Regierung unter Kyriakos Mitsotakis Verfahren beschleunigen, sie sprach über die skandalösen Bedingungen in den Lagern mit Empörung. Dann sind aber im Herbst 2019 auf einmal viel mehr Menschen aus der Türkei gekommen, 30.000 in drei Monaten. Die Europäische Union hat da Griechenland im Stich gelassen, indem man der Türkei kein Angebot gemacht hat. Die Türken hatten vor allem einen Grund, an dieser EU-Türkei-Erklärung festzuhalten: Das waren die Milliarden für syrische Flüchtlinge in der Türkei. Und die Kommission hat im Herbst klargemacht, man wolle jetzt nicht über weitere Gelder für die nächsten fünf Jahre nachdenken. Daraufhin kam es zu dieser katastrophalen Fehlkalkulation der türkischen Regierung Ende Februar 2020, Migranten mit Bussen an die griechische Landesgrenze zu schicken und den Griechen Angst zu machen. Das war zynisch und unmenschlich, die Griechen haben mit Gewalt reagiert. Ein Mann wurde erschossen, viele wurden mit Gewalt über den Fluss zurück in die Türkei getrieben. Die Emotionen gingen in Griechenland enorm hoch. Man fühlte sich angegriffen.

Die Asylsuchenden, die da kamen, wurden nicht mehr als Asylsuchende oder gar als



Türkischer Präsident Erdoğan: Die EU wird mit ihm verhandeln müssen



Griechischer Premier Mitsotakis: kriegt die Asylkrise nicht in den Griff



Außenminister Schallenberg: Welche Exit-Strategie hat er?



Ungarns Medien fahren eine Kampagne gegen Gerald Knaus



Gerald Knaus: „Welche Grenzen brauchen wir?“ Erscheint im Oktober bei Piper

Flüchtlinge gesehen, sondern als eine Waffe in den Händen eines Feindes.

Knaus: Die Europäische Union hat sich nun bedingungslos hinter Griechenland und seine Methoden gestellt. So kam es zur Aussetzung des Rechtsstaates an der Außengrenze Europas. Alle haben verloren: die EU, Griechenland, die Türkei und vor allem die betroffenen Asylsuchenden. Bleibt es dabei, würde es bedeuten, dass die Flüchtlingskonvention, die 1951 beschlossen wurde und nächstes Jahr 70 Jahre alt wird, dieses Jahr in Europa nicht überlebt. Das wäre eine historische Tragödie.

Unsere Regierung spricht von der Hilfe vor Ort. Was genau hat denn Österreich in den letzten Jahren, in denen Sebastian Kurz Außenminister, aber auch Bundeskanzler war, in der europäischen Asylpolitik geleistet?

Knaus: Das Wichtigste, was die EU gemacht hat, war die Unterstützung für drei Millionen Syrer in der Türkei. Dabei darf man die Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien, aber auch die Vertriebenen an der syrisch-türkischen Grenze nicht aus den Augen verlieren. Diese Art Hilfe kann Fluchtursachen tatsächlich beseitigen. In der Türkei hat es dazu geführt, dass die Zahl der Syrer, die in den letzten Jahren versucht haben, irregulär nach Europa zu kommen, ganz stark zurückgegangen ist. Im ganzen letzten Jahr haben sich nur noch 15.000 Syrer überhaupt in Boote gesetzt, aber es sind mehr als drei Millionen in der Türkei. Österreich hat hier seinen Beitrag geleistet im Rahmen der EU. Ein österreichischer Kommissar ist heute auch für das Budget zuständig. Eigentlich wäre es rational für das Zielland Österreich zu sagen: Diese Hilfe soll weitergehen. Stattdessen höre ich, man wolle Erdoğan kein Geld mehr überweisen. Nun ist man in der EU aus guten Gründen kritisch gegenüber der Menschenrechtspolitik des Präsidenten der Türkei. Aber die Unterstützung für Flüchtlinge weiterzuführen, die vier Jahre lang Früchte getragen hat, ist moralisch und im österreichischen Interesse. So schlagen Menschen Wurzeln in einem Land, das auch bereit war, diese Menschen aufzunehmen.

Wir haben aber der Türkei auch versprochen, Flüchtlinge aufzunehmen, und zwar in einem geregelten Verfahren.

Knaus: Das war für die Türken symbolisch wichtig und bleibt es auch. Hier hat sich Österreich nicht beteiligt. Aus Griechenland hat Österreich zwischen 2016 und 2017 nur eine sehr, sehr kleine Zahl aufgenommen. Neuansiedelungen gibt es auch praktisch keine. Österreich hat 2015 und 2016 viel getan, keine Frage. Darauf kann man stolz sein. Aber Österreich kann sich wie Deutschland, Schweden oder die Schweiz im Eigeninteresse weiter engagieren. Wenn ich mir dann zuletzt noch die Beiträge ansehe, die reiche, kleine europäische Länder zur Finanzierung des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR oder der Welternährungsorganisation leisten, dann ist Österreich bislang auch da bei den reichen kleinen Ländern, die am wenigsten zahlen. Das genügt nicht. Und auch heute gilt: Decken sind es nicht, die in Griechenland fehlen.

Sondern?

Knaus: Ein Konzept, das zeigt, dass man den Panikmachern aufseiten der extremen Rechten nicht auf den Leim gehen muss. Man kann Grenzen kontrollieren, ohne

Grundwerte aufzugeben. Dazu braucht man Kooperation mit Nachbarn und die Fähigkeit zu schnellen fairen Verfahren. Und ein System in Europa, wo man Anreize schafft, dass ein Land wie Griechenland Flüchtlinge und Asylwerber gut behandelt. Derzeit herrscht die absurde Situation, dass, wenn jemand in Griechenland als Flüchtling anerkannt wird, die Umstände für diese Person so schwierig sind, dass man in Deutschland noch einmal um Schutz ansuchen kann und Verwaltungsgerichte eine Rückführung verbieten.

Ein wichtiger Player in der europäischen Flüchtlingsdebatte ist Viktor Orbán. Sie sind derzeit Gegenstand einer ziemlich giftigen Medienkampagne, die Orbán gestartet hat. Haben Sie Angst?

Knaus (lacht kurz auf): Ich hatte schon eine ganze Reihe von Kampagnen zu ertragen, die autoritäre Regime gegen mich und meine Kollegen geführt haben. Ich wurde auch schon als pro-armenischer Lobbyist bezeichnet in Berichten, die Aserbaidschan in Auftrag gegeben hatte, weil wir auf Korruption im Europarat hingewiesen haben, die vom Regime in Aserbaidschan ausging. Drohungen dieser Art sind in diesen autoritären Staaten ja jetzt nichts Ungewöhnliches. Es ist aber ungewöhnlich, das in einem EU-Mitgliedsland zu erleben. Vor allem auf diese Art und Weise, das war doch eine ziemliche Überraschung. Vor einigen Tagen waren auf der Titelseite einer Zeitung in Budapest und gleichzeitig in Dutzenden Lokalzeitungen im ganzen Land die gleichen Geschichten zu lesen, die sofort dazu geführt haben, dass es Fernsehdebatten gab, in denen diskutiert wurde, ob ich zur Persona non grata in Ungarn erklärt werden solle oder ob ich ein nationales Sicherheitsrisiko darstelle – als Vertreter einer kleinen, unabhängigen Denkfabrik mit 13 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von durchschnittlich 640.000 Euro. Seit einer Woche gibt es jeden Tag neue Berichte, neue Diskussionen im Internet und im Fernsehen. Experten setzen sich zusammen und analysieren mein Leben, warum ich Ungarn so hasse. Minister melden sich dazu zu Wort. Es ist sehr, sehr merkwürdig.

Sie sind kein wirklich mächtiger Player. Wieso fürchtet Sie Orbán so?

Knaus: Es kann nur an den Berichten, Ideen und Vorschlägen liegen, die meine Kollegen und ich präsentieren. Und der Angst in Budapest, dass wir damit vielleicht zu viele überzeugen. Wir haben vorgeschlagen, bei den Corona-Hilfen einen robusten Rechtsstaatsmechanismus einzuführen. Wir halten es für absurd, Ungarn, wo die demokratischen Grundwerte abgebaut werden, bedingungslos zu subventionieren. Ich bin für europäische Solidarität. Aber es kann nicht sein, dass Länder, die am meisten Hilfe bekommen, demokratiepolitisch die größten Rückschritte machen.

Werden Sie bedroht?

Knaus: Ja, Drohungen gibt es. Auf einmal schreiben viele, man nennt mich „Juden-schwein“ und „Dirigent“ von Soros. Dieser wird von Viktor Orbán in seinen Reden als jemand präsentiert, der „Christen hasst“ und „als Kosmopolit Nationen zerstören will“. Diese Kampagne ist so ein Signal an „aufgebrachte Bürger“. Mich beunruhigt das jetzt wenig. Aber es ist doch ein Warnsignal, wie es um den Stand der Medien und der politischen Kultur in Ungarn bestellt ist.